

Flashback ohne Suchtpotenzial: Erinnerungen an das drogen- politische Aufräumen

Michael Herzig | Buchautor, Dozent für Sozialma-
nagement, Hochschule für angewandte
Wissenschaften Zürich ZHAW

Als im Jahre 1975 Drogenkonsum in der Schweiz verboten wurde, stand nichts Geringeres auf dem Spiel als die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft. Zur Erklärung des Drogenkonsums Jugendlicher fielen Begriffe wie «Drogenfront», «Rauschgiftwelle», «Rauschgiftseuche», «dunkle Seuche», «lebenslanges Siechtum» und «frivole Selbstverstümmelung». Ab den 1980er-Jahren zog der Teufel dann tatsächlich durchs Land, den die Politik an die Wand gemalt hatte.

Die Stunde Null

Wenn ich Polizisten auf ihren Dienst in der offenen Drogenszene am Zürcher Platzspitz und am Letten anspreche, werden sie nachdenklich. Sie sprechen von «Leerlauf», «Schande», «Ohnmacht». Ja, auch Übergriffe habe es gegeben, das dürfe nicht entschuldigt werden, sei damals aber halt doch irgendwie nachvollziehbar gewesen.

Wie genau Frustration und Wut abreagiert wurden, sagt keiner. Es gibt Gerüchte von Gummigeschossen in die dahinvegetierende Menge. Von Tritten in Armbeugen, wenn sich die Menschen einen Schuss setzten. Es soll einen Wettbewerb gegeben haben, wer die meisten Verhafteten in einen für acht Per-

sonen zugelassenen Transporter hineinpfuschen konnte. Der Rekord dürfte bei fünfzehn oder sechzehn gelegen haben.

Für ein Buch über diese Zeit wollte ich pensionierte Polizisten interviewen. Sie haben abge sagt, wollten nicht in der Vergangenheit wühlen. Derjenige, der mir Auskunft gab, ist noch im Dienst. Er zählt auf, was aus seinen Kollegen geworden sei, die vorzeitig ausgeschieden sind: mehrere Alkoholiker, ein Drogenabhängiger, zwei Zuhälter. Einer sei Missionar geworden. Er selbst hatte Rituale, um das Erlebte wieder loszuwerden. Er verdrängt seine Erinnerungen nicht, hat Souvenirs in seinem Schreibtisch und ein paar Narben am Körper. Womöglich auch in der Seele. Ein bisschen sei schon hängengeblieben, meint er.

Auch die andere Seite hat ihre Narrative: Ein ehemaliger Drogenabhängiger erzählt, wie er als Dealer der Polizei entwischt sei. Ein ums andere Mal. Ausser in Untersuchungshaft sei er nie gesessen, triumphiert er. Dabei habe er ein Vermögen verdient. Was ihn nicht davor bewahrt habe, ganz unten zu landen, im Wald zu übernachten, als Vermittler für andere Dealer zu arbeiten, um ein paar gestreckte Gramme abzubekommen. Und dann gibt es noch die Geschichte eines Fahnders, den Drogenabhängige mit vereinten Kräften in die Limmat geworfen hätten. Ein seltener Triumph.

Andere Erzählungen drehen sich um Verluste: Freundinnen und Freunde, Lebenszeit, Träume. Um die Asche Verstorbener, die man unter den Bäumen am Platzspitz vergraben habe. Auch ein Hund soll da liegen. Die Überlebenden aus dieser Gruppe treffen sich heute noch. Etwas hält sie zusammen.

In einem Punkt allerdings ähneln sich die Narrative von Jägern und Gejagten: Die wirklich Bösen sind die ausländischen Drogenhändler. Aus der Türkei, dem Libanon, Albanien, Afrika. Darin ist man sich einig. Der Polizist bleibt sachlich. Der ehemalige Junkie wird emotional, wenn er seine Erfahrungen am untersten Ende der Gassenhierarchie schildert. Er sucht Begründungen, die nicht rassistisch klingen. Die seien halt aus Ländern gekommen, in denen Krieg herrschte, und hätten die entsprechenden Umgangsformen mitgebracht. Dass in dem

anderen Krieg, demjenigen gegen die Drogen, auch die Dealer nicht bloss Täter waren, ist aus der direkten Betroffenheit heraus schwer zu erkennen.

Fünf nach zwölf

Im Sommer 1998 wurde ich Drogenbeauftragter der Stadt Zürich. Angestellt war ich im Sozialdepartement, zu dem der größte Teil der niederschweligen Drogenhilfe zählte. Meine Aufgaben umfassten die Koordination der sozialarbeiterischen Interventionen mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Medizin. Außerdem vertrat ich die städtische Drogenpolitik in Bürgerversammlungen, gegenüber den Medien, dem Kanton und dem Bund.

Streng genommen war der Job des Drogenbeauftragten gerade abgeschafft worden. Die Funktion hiess nun «Allianzenmanager Sucht und Drogen». Für diese Stelle hatte ich mich nicht einmal beworben, sondern für eine andere. Die Ausschreibung war mir zwar aufgefallen, doch hielt ich mich für zu wenig qualifiziert. Nach der Absage für die andere Stelle fragte man mich, ob mich diese nicht auch interessieren würde.

Die offene Drogenszene war geräumt, der Blick wurde nach vorn gerichtet, Drogenpolitik sollte an Bedeutung verlieren. So der Plan. Darum holte man einen Grünschnabel aus Bern, der mit keiner der drogenpolitischen Fraktionen in Zürich verbandelt war. Ausser etwas Kommunikationserfahrung, realpolitischem Know-how aus der Bundesverwaltung und einer Abneigung gegen Dogmatismus brachte ich nicht viel mit. Ich schien formbar.

Eine meiner ersten Aufgaben war der Abstimmungskampf über die Weiterführung der heroingestützten Behandlung in der Stadt Zürich im November 1998. Bei dem ersten Interview mit «Tele Züri» fragte die Journalistin nach meiner Funktion. Der Titel, der auf meiner Visitenkarte stand, war zu lang für den Bildschirm. Von da an war ich wieder Drogenbeauftragter.

Auch wenn die Funktionsbezeichnung «Allianzenmanager» abstrakt klingt, ging es genau darum: Ich putzte Klinken

und knüpfte Kontakte. Um Akzeptanz zu schaffen für die damals neue drogenpolitische Strategie der 4 Säulen. Andererseits aber auch, um die verschiedenen Bedürfnisse zu verstehen, sodass man die Politik und auch die operativen Massnahmen daran ausrichten konnte.

Als Erstes fiel mir auf, wie verhärtet die Fronten waren. Wenn ich an Besprechungen zwischen einer Sozialarbeiterin und einem Polizisten sass, konnte ich beinahe fühlen, wie die gegenseitige Abneigung durch mich hindurchfloss. Mit der Zeit konnte ich erahnen, wie man sich wechselseitig bekämpft und gekränkt hatte. Natürlich bezieht auch Prügel, wer zwischen die Fronten gerät: Den Rechten war ich zu links, den Linken zu rechts, den Nichtregierungsorganisationen zu staatlich, den Etatistischen zu liberal, den operativ Tätigen zu politisch, den Pionier:innen zu unpolitisch.

Natürlich hatte ich meine eigenen Erfahrungen mit Drogen gemacht. Auch in meinem Umfeld waren Menschen gestorben. Darum hatte ich mit Repression nicht viel am Hut. Das merkte man mir an. Als mir das erste Mal das Vermittlungs- und Rückführungszentrum gezeigt wurde, eine Art zivilrechtliche 24-Stunden-Verwahrung für Drogenabhängige, brachte ein Polizist eine Kartonschachtel voller Personalausweise. «Die Toten der letzten Wochen», meinte er lapidar und beobachtete meine Reaktion. Dem Chef der Drogenfahndung sagte ich undiplomatisch, dass ich die Prohibition für das grössere Problem halte als die Drogen selbst. Er blieb höflich, doch es dauerte Jahre, bis er die Einladung zum Feierabendbier annahm.

Für mich ist und war die offene Drogenszene ein Politikversagen. Die Ursache liegt in der Drogenprohibition. Mit dieser Haltung trat ich an Bürgerversammlungen auf. Dort dankten die Leute der Polizei für ihren Einsatz, mir hingegen rechneten sie jede in Hinterhöfen und auf Kinderspielplätzen aufgefundene Spritze einzeln auf.

Dieses Dilemma war mit der 4-Säulen-Strategie konstruiert worden: Drogenkonsum und -handel blieben verboten, jedoch sollten Drogenkonsumierende möglichst wenig unter diesem

Verbot leiden und Zugang zu sozialer und medizinischer Hilfe erhalten. Mit einem solchen Ansatz konnte man das Elend der offenen Szene überwinden, schuf aber eine rechtliche Grauzone, die von Sozialarbeit, Medizin und Polizei auf eine Art und Weise bearbeitet werden musste, die sowohl die Lebensqualität der allgemeinen Bevölkerung verbesserte als auch jene von Drogenkonsumierenden. Das war eine Herausforderung, die nur mittels Kooperation und Pragmatismus gemeistert werden konnte.

Arbeit in der Grauzone

Wenn in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren ein drogenabhängiger Mensch kontrolliert und verhaftet wurde, hiess dies «Aussacken und Runterspalten». Der administrative Prozess bis zur Überführung an die Staatsanwaltschaft bedeutete, dass «ein Giftler verwurstet wurde». Exerzierte die Polizei dieses Prozedere an einem afrikanischen Drogenhändler durch, «verwurstete» sie «einen N*****», später einen «VNG», d.h. «Vormals N***** genannt». Kein Wunder, dass Sozialarbeiter:innen und Pflegefachkräfte, mehrheitlich Frauen, ein Problem mit der Ausdrucksweise der mehrheitlich männlichen Polizist:innen hatten. Sprache kann Kommunikation behindern.

Es gab aber auch Irritationen in die andere Richtung. Die Sozialarbeitssprache wirkte auf Aussenstehende anbiedernd und distanzlos. Das Du war die normale Umgangsform, eine Spritze war ein «Eisen», der Entzug ein «Aff», ein Polizist «ein Bulle». Auch hier war die Ausdrucksweise unzimperlich, schuf im Unterschied zu jener der Polizei aber nicht Distanz, sondern Nähe. Offenen Rassismus habe ich in diesem Milieu nie gehört, obwohl es nicht frei war von Stereotypen. Selbst habe ich die Gassensprache ebenfalls übernommen. Nachdem ich als Dozent im Unterricht mit Sozialarbeitsstudierenden ab und an irritierte Blicke ernte, gewöhne ich sie mir nun wieder ab.

Es gab auch Gemeinsamkeiten. Was bei der Sozialarbeit «Gegensatz von Hilfe und Kontrolle» genannt wurde, hiess bei der Polizei «Spannungsfeld zwischen repressivem und präventivem Auftrag». Daran liess sich anknüpfen, denn dies entsprach ziemlich genau der politischen Mission der 4-Säulen-Strategie: Intervenieren, ohne denselben Kollateralschaden anzurichten, wie dies in der offenen Drogenszene der Fall gewesen war. So betrachtet, sassen wir alle in derselben Grauzone.

Lassen Polizeibeamte eine Drogenabhängige, die sie verhaften müssen, zuerst noch injizieren, bevor sie die Handschellen ansetzen? Wie gehen Sozialarbeiter:innen mit einem Klienten um, der nach der Injektion kaum mehr gerade gehen kann, auf dem Weg zur Tür aber mit dem Autoschlüssel klimpert? Wie ernst nimmt die Polizei Drogenabhängige, die sie anlügen und anekeln, die sie schon hundertmal verhaftet hat, ohne dass sich das Geringste geändert hätte, und die nun aber selbst Opfer einer Straftat geworden sind? Wenn Sozialarbeitende bei Drogenkonsum und Kleinhandel wegschauen, tun sie dies dann auch bei anderen Straftaten, wo wird die Grenze zwischen Dunkelgrau und Schwarz gezogen, wie sieht es aus bei Körperverletzung, Vergewaltigung oder Eigentumsdelikten? Solche und andere Fragen gab es zu klären. Und genau dadurch entstand Kooperation.

Bevor wir das erste Drugchecking des Sozialdepartements durchführten, traf ich Polizei und Staatsanwaltschaft. Ich wollte wissen, ob sie einfahren und uns verhaften, wenn wir mit dem mobilen Labor in einen Club gehen und illegale Drogen testen, damit die Drogenkonsumierenden einschätzen können, welche Risiken sie eingehen. Natürlich erhielt ich keine klare Antwort. Als ich rauslief, war ich trotzdem ziemlich sicher, dass es keine Razzia geben würde. Am ersten Testing war ich dabei. Neben all den Leuten, die ihren Stoff prüfen lassen wollten, reihte sich ein Polizist in die Schlange ein, der wissen wollte, welche Substanz er soeben konfisziert hatte. Willkommen in der Grauzone!

Bei einem anderen Treffen wollte ich Polizei und Staatsanwaltschaft davon überzeugen, dass es sinnvoller sei, den Drogenhandel in Konsumräumen offiziell zu dulden und zu kon-

trollieren, anstatt so zu tun, als gäbe es ihn nicht, obwohl wir alle genau wussten, dass auch gehandelt werden muss, wo konsumiert wird. Die Antwort war klarer als beim Drugchecking: Keine Chance. Als ich zur Tür ging, sagte einer der Polizisten: «du wirst das ja sowieso tun.» Das stimmt nicht, war aber auch nicht ganz falsch. Willkommen in der Grauzone!

Eine Kollegin begleitete eine Sexarbeiterin zur Polizei. Die Frau wollte eine Aussage gegen einen Gewalttäter machen. Während der Befragung zeigten sich Entzugserscheinungen. Die Polizistin unterbrach die Befragung geduldig, die Klientin eilte zu einem Freier und verdiente sich dort das Geld für den Stoff. Danach ging sie in eine Anlaufstelle, kaufte Heroin und injizierte es im Konsumraum. Schliesslich brachte die Sozialarbeiterin die Frau zurück zur Polizei, wo die Befragung fortgesetzt wurde. Willkommen in der Grauzone!

Das sind drei Beispiele aus unzähligen ähnlichen Dilemmata, die wir lösen mussten, weil die Politik keine Klarheit geschaffen hatte. Wir taten dies aus der Praxis heraus. Aus diesen Erfahrungen entwickelten wir mit der Zeit eine Haltung und ein Vorgehen, das verallgemeinert werden konnte. Mittels gemeinsamer Weiterbildungen von Polizei und Sozialarbeit, mittels gegenseitiger Stages und mittels regelmässiger Koordination. Wir verzichteten auf Maximalforderungen und taten zugleich etwas Gutes für Drogenkonsumierende und etwas Gutes für die gesamte Bevölkerung. Politisch zeigte dies Wirkung: In der Stadt Zürich wurde die heroingestützte Behandlung in einer Volksabstimmung 2004 mit 75 % der Ja-Stimmen gutgeheissen. Wer hätte dies 1975 vorhergesagt?

«Gut gemacht!», könnte man sagen, wie es mittlerweile fester Bestandteil des offiziellen drogenpolitischen Narrativs der Schweiz ist. Ironischerweise ist es aber leider so, dass dieses Aufräumen nach der offenen Drogenszene dazu geführt hat, dass die Politik weitere zwanzig bis dreissig Jahre die Augen vor dem Problem verschliessen kann. Drogen sind immer noch verboten. Drogenabhängige kämpfen sich immer noch am

Ende der Fresskette durchs Leben. Die organisierte Kriminalität kassiert immer noch ab.

Wir haben uns in der Grauzone die Finger schmutzig gemacht, damit die Politiker:innen in der Illusion weiterleben können, ihre seien sauber. Wir haben uns zusammengerauft, haben zu einem respektvollen Umgang gefunden, haben uns mit den Widersprüchen des geltenden Rechts herumgeplagt, haben Vertrauen aufgebaut. Aber wenn es um einen wirklichen drogenpolitischen Wandel geht und nicht bloss um Schadensbegrenzung, stehen wir vor demselben Graben wie eh und je.